



Thesenpapier zur Sicherheitspolitik, Nr. 1/2015

# Ein Plädoyer für ein EU-geführtes Hilfskorps

von *Thomas Piesch*

*Teilnehmer des Seminars für Sicherheitspolitik 2015*

**Innerhalb des letzten Jahres verschärfte sich die Flüchtlingsproblematik zusehends. Frustration und Unsicherheit in Hinblick auf eine gesicherte Zukunft lassen die Menschen aus ihren zumeist fragilen und dem Zerfall preisgegebenen Heimatstaaten fliehen. Die Endstation für diese Menschen lautet jedoch überwiegend: Flüchtlingscamp. In diesen wachsen ganze Generationen an Jugendlichen ohne jegliche Zukunftsperspektive heran. Deren Potenziale liegen brach und werden nur unzureichend von Förderprogrammen in Anspruch genommen, sodass zumeist ihre einzige Alternative darin besteht, sich einer militanten Gruppierung anzuschließen. Programme, wie beispielsweise das durch den Autor vorgeschlagene EU-Hilfskorps könnten Abhilfe schaffen, indem sie in Konkurrenz zu den militanten Islamisten treten und den Jugendlichen neue Perspektiven aufzeigen, was einen Stabilisierungseffekt zur Folge hätte.**

Die Flüchtlingsproblematik ist u.a. eine Folge des weltweit zu beobachtenden Staatszerfalls. Die Zunahme der Flüchtlingszahlen ist nicht nur eine humanitäre und entwicklungspolitische Herausforderung, sondern auch ein Sicherheitsproblem. Immer mehr junge Menschen wachsen perspektivlos in Nothilfslagern heran. Es wird im Folgenden argumentiert, dass insbesondere in der MENA-Region und in Subsahara-Afrika heranwachsende junge Männer, die keine Chance für die Gestaltung ihrer Zukunft sehen, anfällig sind für radikales Gedankengut. Diese Menschen stellen zunehmend ein Rekrutierungspotential für islamistische Terrormilizen dar. Die sowohl mit dem unkontrollierten Zustrom von Flüchtlingen als auch mit Terrorakten militanter Islamisten herausgeforderte Europäische Union (EU) muss versuchen, das viel zu häufig nicht oder von Extremisten genutzte Potential junger Menschen in einem positiven Sinne zur Stabilisierung fragiler Staaten einzusetzen. Es wird daher vorgeschlagen, ein (leicht) bewaffnetes Hilfskorps (mit Gendarmerie- und THW-Fähigkeiten) ins Leben zu rufen und bei der EU anzusiedeln. Geführt werden sollte es von Soldaten aus EU-Ländern. Die Mannschaften würden aus jungen Menschen der „Generation Flüchtling“ rekrutiert. Das Korps könnte in bestimmten Situationen einen Beitrag zur Stabilisierung der o.g. Nachbarregionen der EU leisten.

## Die Problemstellung

Die Zahl der Flüchtlinge und sog. „Internally Displaced Persons“ (IDP) wird derzeit auf weltweit rd. 57 Mio. Menschen geschätzt. Die internationale Gemeinschaft ist mit der Dimension der ständig wachsenden Flüchtlingszahlen überfordert. Allein die Versorgung der 1,7 Mio. Flüchtlinge und IDP, welche im Syrien-Konflikt durch das Welternährungsprogramm (WEP) betreut werden, erfordert 65 Mio. USD pro Monat. Obwohl die UN-Organisationen wie auch die bilaterale Gebergemeinschaft seit Jahrzehnten daran arbeitet, Flüchtlinge und intern Vertriebene in ihre Herkunftsländer zu reintegrieren: Durchschnittlich verbleibt ein

Flüchtling 17 Jahre in einem der von den Vereinten Nationen (VN) betreuten Lager. Angesichts der ständig wachsenden Flüchtlingszahl und der langen Verweildauer ist die humanitäre Nothilfe der internationalen Gemeinschaft finanziell überfordert. Überlebenssicherung geht vor Reintegration. Folgerichtig beansprucht die Humanitäre Hilfe Haushaltsmittel, die für Maßnahmen zur Verhinderung von Konflikten fehlen.

Wo gekämpft wird und auch humanitäre Helfer nicht sicher sind, werden die betroffenen Menschen die Kriegsgebiete verlassen und zunächst in Nachbarstaaten fliehen. Angesichts des Bürgerkrieges in Syrien und Irak haben sich viele Menschen in die Türkei, Libanon und Jordanien geflüchtet. Bei aller Anerkennung der Hilfsbereitschaft der Nachbarländer ist zu befürchten: Je länger sich Flüchtlinge in Gastfamilien oder Lagern aufhalten, desto problematischer wird ihre Situation: Sie konkurrieren mit der ortsansässigen Bevölkerung um knappe Ressourcen (Wasser-/Abwasser, Gesundheitsversorgung, Bildungseinrichtungen). Die gleiche Beobachtung gilt auch für die seit Jahren existierenden UN-Lager in Subsahara-Afrika: Je mehr und je länger sich Menschen als Flüchtlinge in Nachbarstaaten aufhalten, desto eher werden sie von der einheimischen Bevölkerung als unerwünschte Eindringlinge empfunden.

Die EU wird zurzeit insbesondere durch Flüchtlingsbewegungen aus Nahost und Nordafrika betroffen. Beide Regionen sind durch eine demografische Besonderheit gekennzeichnet: 65% der Bevölkerung ist jünger als 30 Jahre. Für die MENA-Region wird davon ausgegangen, dass 30 bis 45% aller männlichen Jugendlichen im „kampffähigen“ Alter von 15 bis 29 Jahren sind. Konfliktverschärfend kommt hinzu: Bereits vor Ausbruch der Gewalt in Syrien und Irak wurde für die Nahostregion eine Jugendarbeitslosigkeit von 25% angenommen, die höchste Rate aller untersuchten Regionen. Weiterhin wird angenommen, dass die Hälfte dieser 25% erstmals auf den Arbeitsmarkt drängt, also keinerlei Berufserfahrung hat. Zusammen genommen heißt das: Stellt die Zusammensetzung der Bevölkerung und die hohe Jugendarbeitslosigkeit in der MENA-Region ohnehin ein gravierendes Problem dar, um jungen Menschen eine Zukunftsperspektive zu eröffnen, so verschärfen die Gewaltkonflikte und der daraus folgende Einbruch der Wirtschaftstätigkeit die Perspektivlosigkeit für junge Männer und Frauen in der MENA-Region.

### **Beurteilung des behaupteten Zusammenhangs zwischen Fluchtursachen und der Radikalisierung von jungen Menschen**

Fehlende Zukunftsperspektiven sind aus Sicht des Autors „Treiber“ von zwei Entwicklungen, welche die Sicherheit Europas derzeit bedrohen:

(1) Die Zahl der politischen Flüchtlinge und Wirtschaftsflüchtlinge aus Nahost, Nordafrika und Subsahara-Afrika steigt ständig. Menschen versuchen unter Einsatz ihres Lebens, die Süd- und Südostgrenzen der EU zu erreichen. Dort finden sie durch die Finanzkrise 2008 geschwächte Volkswirtschaften vor, welche ihrerseits mit hoher Jugendarbeitslosigkeit und zunehmender Fremdenfeindlichkeit zu kämpfen haben. Zumindest jene, die nicht nur als politisch Verfolgte kommen, wollen nicht im Süden Europas in humanitären Aufnahmelagern bleiben. Sie vermuten zu Recht, dass solche Quartiere wiederum nur das Überleben sichern und keinerlei Grundlage bilden, um eine Familie zu gründen und zu ernähren. Sie ahnen, dass die Gesellschaften im Süden und Südosten der EU mit hoher Arbeitslosigkeit und prekären Arbeitsverhältnissen ihnen kaum Entfaltungsmöglichkeiten bieten. Daher wollen gerade jene nach Mittel- und Nordeuropa, die (verständliche) wirtschaftliche Anliegen hinter dem (vermutlich oftmals ebenfalls zutreffenden) Grund der politischen Verfolgung verbergen. Angesichts des schwachen Wirtschaftswachstums können die EU-Staaten den hohen Erwartungen der nach Europa drängenden und auf eine Integration hoffenden Menschen in vielen Fällen nicht gerecht werden. Enttäuschung und Frustration unter vielen Emigranten sind vorhersehbar.

(2) Die wachsende Zahl von Flüchtlingen / Binnenvertriebenen mit muslimischer Religionszugehörigkeit bildet ein Rekrutierungspotenzial für radikal-islamische Terrororganisationen. Die sunnitische Hamas und die schiitische Hisbollah im Nahostkonflikt, Islamischer Staat und Al-Nusra-Front im Syrien-/Irak-Konflikt,

Boko Haram in Nord- und Westafrika, Al-Shabab im Somalia-Konflikt und in den Nachbarstaaten: Die politischen Zielsetzungen, die „Verfasstheiten“ und die angewandten terroristischen Methoden dieser Organisationen mögen sehr unterschiedlich sein. Gemeinsam haben sie, dass Rekrutierung und Radikalisierung von neuen Kämpfern offenbar kein Problem darstellt. Offensichtlich bieten diese Terrororganisationen den zumeist männlichen Jugendlichen folgendes (wenn auch je nach Kontext des Konfliktes in unterschiedlicher Mischung):

- a) Anerkennung in Form eines Heilversprechens: wer im Dschihad stirbt, kommt ins Paradies.
- b) Abenteuer inklusive Grundversorgung: Manche Terrororganisationen bieten neben Aussicht auf Ruhm und Ehre im Kampf sowohl den Kämpfern wie auch den Ehefrauen und Kindern ein (minimales) wirtschaftliches Auskommen.
- c) Gruppenzugehörigkeit, Wertschätzung und Aufgaben.

So schwer es ist, die unterschiedlichen Beweggründe von radikal-islamistischen Kämpfern und ihren unmittelbaren Unterstützern zu analysieren: Aus Sicht des Autors gelingt es den Terrororganisationen, jungen Menschen einen Lebenssinn zu geben. Im Extremfall besteht er im bewaffneten Kampf um einen (angeblichen) gottgefälligen Tod. Bei der Beurteilung der Reaktion der von Flüchtlingsströmen betroffenen Staaten ist zu unterscheiden zwischen den (a) unmittelbar betroffenen, weil direkt an Konfliktherden grenzenden Staaten (Standorte der UN-Flüchtlingslager) und den (b) mittelbar betroffenen Staaten Westeuropas.

Für den Fall (a) wird das Beispiel Kenia / Somalia-Konflikt exemplarisch diskutiert. Das seit 25 Jahren bestehende Flüchtlingslager Dadaab im Osten Kenias an der Grenze zu Somalia steht im Ruf, für die somalische Islamistenmiliz Al-Shabaab Hochburg für die Rekrutierung und Ausbildung von Terroristen zu sein. Nach dem Anschlag der Al-Shabaab auf die kenianische Universität Garissa mit 147 Toten will die kenianische Regierung das rd. 500.000 Menschen zählende Lager sowohl verkleinern (d.h., die Menschen auf mehr und kleinere, besser zu kontrollierende Lager verteilen) als auch die Rückführung der Flüchtlinge nach Somalia intensivieren. Seit Jahresbeginn 2015 sollen 3000 Menschen zurück gebracht worden sein. Aus rein sicherheitspolitischer Betrachtung stehen die Chancen für das Gelingen des Ansatzes nicht schlecht. Mit Billigung der (schwachen) somalischen Regierung in Mogadischu kämpfen sowohl eine panafrikanische, von EU-Staaten unterstützte Eingreifgruppe (AMISOM) als auch kenianische Armeeverbände auf somalisches Staatsgebiet gegen die Al-Shabaab-Milizen. Sie scheinen Teile des Landes unter Kontrolle zu haben.

Fragen ergeben sich hinsichtlich der Haltbarkeit dieses Stabilisierungsmodells, das an das Engagement von (westlichen) ISAF-Truppen in Afghanistan erinnert. Es ist zu befürchten, dass irgendwann auch afrikanische Truppen erinnert. Es ist zu befürchten, dass irgendwann auch afrikanische Truppen von der einheimischen Bevölkerung als ausländische Besatzer empfunden werden. Das war aus Sicht des Autors in Afghanistan der Grund, die Zahl der Nato Soldaten stark zu reduzieren und die Sicherheitsverantwortung in afghanische Hände zu legen. Wie aussichtsreich ist dieser Prozess in dem rd. 25 Jahre währenden Bürgerkrieg Somalias? Welche Chancen haben AMISOM-/kenianische Truppen wie auch das entwicklungspolitische Engagement der Gebergemeinschaft in einem Land, in dem der „Stabilisierungseinsatz“ ausgedrückt in Soldaten und Finanzmitteln viel geringer ist als in Afghanistan? Ähnliche Fragen stellen sich für den Konflikt in Nordnigeria. Auch dort dürfte es eine Frage der Zeit sein, bis kamerunische und tschadische Truppen als Besatzer empfunden werden und in eine ähnliche Lage geraten wie die ISAF-Verbände in Afghanistan.

Exemplarisch für den Fall (b) wird die Reaktion der deutschen Bundesregierung diskutiert. Das Auswärtige Amt (AA) hat seinen Etat für humanitäre Hilfe (also Nothilfe zugunsten von Flüchtlingen und intern Vertriebenen) stark erhöht. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat Anfang 2014 eine Sonderinitiative „Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtlinge reintegrieren“ ins Leben gerufen, die insbesondere Wirkung in der MENA-Region und in Nord- und Subsahara-Afrika entfalten soll. Ergänzt wird diese Initiative durch ein millionenschweres Infrastrukturprogramm für die genannten Regio-

nen, um Flüchtlinge entweder in ihren Herkunftsregionen oder in den Aufnahmegesellschaften dauerhaft anzusiedeln. Das Bundesverteidigungsministerium (BMVg) unterstützt mit Ausbildungsmissionen den Aufbau von Sicherheitskräften in einzelnen Konfliktregionen (Kurdengebiet, Mali). In keinem Falle ist an einen ISAF-ähnlichen Einsatz von deutschen Kampftruppen gedacht. Das für Asylrechtsfragen federführende Bundesinnenministerium möchte die Flüchtlingstragödien im Mittelmeer dadurch eindämmen, dass Aufnahmelager mit Prüfung der Asylanträge entweder in den Hauptherkunftsländern der Flüchtlinge oder in den Transitstaaten Nordafrikas eingerichtet werden. In den „Königsbronner Gesprächen“ kündigte Bundesminister Dr. Gerd Müller Ende März 2015 eine zivil-humanitäre, schnelle Einsatztruppe der Bundesregierung an. Die von ihm als „Weißhelme“ ins Spiel gebrachte Gruppe von Spezialisten soll organisatorisch bei der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) angesiedelt, mit humanitären Nichtregierungsorganisationen sowie mit dem Technischen Hilfswerk (THW) vernetzt werden und innerhalb weniger Tage Einsätze in Konflikt- oder Katastrophenregionen übernehmen können.

All diese guten Initiativen haben eines gemein: sie haben kein „robustes Mandat“. Die im Rahmen von BMVg-finanzierten Ausbildungsmissionen beschränken die entsandten deutschen Soldaten auf den Selbstschutz. Die Wirkung der von AA und BMZ finanzierten Maßnahmen ziviler staatlicher Akteure hängen jeweils von der Sicherheitslage an den Einsatzorten ab. Verbleib oder Abzug von Entsandten der bundeseigenen GIZ, des THW und der Bundespolizei müssen weiterhin unter Aspekten der Personalfürsorge und Staatshaftung im Krisenreaktionszentrum des Auswärtigen Amtes entschieden werden. Vorhersehbar ist, dass die Sicherheit des Personals vorgehen wird. Das Einsatzspektrum der Weißhelme wird sich damit eher auf Katastrophengebiete beschränken. Es ist nicht ersichtlich, dass sie eine wirksame Rolle in der Bewältigung von bewaffneten Konflikten spielen können. Auch die von den Bundesressorts finanzierten Maßnahmen der VN unterliegen den Sicherheitsanalysen der VN-Organisationen. Humanitäre Nichtregierungsorganisationen werden, wie in Afghanistan diskutiert und entschieden, zur Sicherheit ihres Personals an jedem Einsatzort die Staatsferne betonen und sich nur bedingt in einen vernetzten Ansatz mit Sicherheitskräften einbinden lassen.

### **Folgerungen für eine Politik zur Bekämpfung von Fluchtursachen und der Radikalisierung von jungen Menschen**

Die Nachbarstaaten von zerfallenden oder fragilen Staaten in Afrika und Nahost haben mit Deutschland und anderen EU-Staaten ein gemeinsames Interesse: Asylsuchende wie auch Wirtschaftsflüchtlinge sollten so schnell wie möglich in ihre Herkunftsländer zurückkehren können. Kurzfristiges Ziel muss daher sein, den Menschen in ihren Heimatregionen ein sicheres Umfeld zu verschaffen, in dem zunächst humanitäre Hilfe und später langfristig angelegte Entwicklungszusammenarbeit wirken kann. Denn ohne ein Mindestmaß an persönlicher Sicherheit suchen Menschen Entwicklungschancen in der Fremde, wobei sie die Aufnahmebereitschaft und Integrationsfähigkeit vor allem der benachbarten Gastländer mitunter überfordern; diese Länder vielleicht sogar destabilisieren.

Die EU-Kommission wie auch alle Mitgliedstaaten der EU haben ein Interesse daran, dass Flüchtlinge in ihren Herkunftsländern Lebensperspektiven und damit den entscheidenden Anreiz zur Rückkehr vorfinden. Die EU als „Soft-Power-Riese“ hat grundsätzlich sowohl Finanzmittel als auch Entwicklungsinstrumente zur Hand, um wirksame Beiträge in Konfliktländern zu leisten. Jedoch können weder die für Militäreinsätze nicht gerüsteten EU-Staaten noch die oft selbst fragilen Nachbarstaaten von Konfliktgebieten mit lang anhaltenden Truppenengagements dauerhaft in Konfliktregionen Stabilität schaffen. Der Autor bezweifelt, dass in der EU die Akzeptanz für den lang anhaltenden Einsatz von Soldaten in Konflikten auf anderen Kontinenten noch gegeben ist. Zudem lehrt die ISAF-Mission in Afghanistan: Ausländische Soldaten können Terrororganisationen kurzfristig erfolgreich bekämpfen und verdrängen. Die langfristige Befriedung dagegen wird ihnen gerade in einer islamisch geprägten Region nicht gelingen. Der kulturell-religiöse Gegensatz macht ihren Stabilisierungseinsatz noch schwieriger.

Benötigt werden daher Stabilisierungskräfte, die (a) für Sicherheit sorgen können (Gendarmerie-Aufgaben im Anschluss an Kampfhandlungen), die (b) eine Basisinfrastruktur bereitstellen und gegen Terrorakte si-

chern können (d.h. über Pionierfähigkeiten verfügen) und (c) eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung haben. Aus diesen Überlegungen ergibt sich für die MENA-/Subsahra-Afrika: Die EU benötigt ein (leicht)

bewaffnetes zivil-militärisches Hilfskorps, das von EU-Offizieren geführt wird, sich im Mannschaftsbereich v. a. aus den Flüchtlingspopulationen rekrutiert und den Konfliktstaaten oder deren Nachbarländern auf Wunsch zur Seite gestellt werden kann.

Mögliches Einsatzszenario am Beispiel Kenia/Somalia: Das EU-Korps sichert – mit Billigung der som. Regierung – Gebiete in Somalia, in denen kenianische oder AMISOM-Truppen Al-Shabaab-Kämpfer vertrieben haben. Sie bereiten den sicheren Boden für Rückkehrer aus den kenianischen UN-Lager Dadaab nach Somalia. Somalier in Diensten des EU-Korps und rekrutiert aus dem Lager wissen am besten, welche Al-Shabaab-Kämpfer sich als „Schläfer“ für Guerillaanschläge versteckt halten. Auf einem Territorium, in dem sie sich nach Ausscheiden aus dem aktiven Dienst selbst mit ihren Familien ansiedeln können, haben sie ein fundamentales Interesse, das Gebiet dauerhaft zu sichern. Eher als jeder ausländische Soldat werden sie bereit sein, für die Wahrung ihrer Lebensperspektiven mit allen Konsequenzen einzutreten.

Mögliches Einsatzszenario im Irakkonflikt: Auf vom IS durch Luftschläge befreitem Gebiet errichten mit Zustimmung der Regierung die Pioniere des EU-Korps Siedlungen ein, welche von der Infrastruktur her mehr zu bieten haben als die humanitären Notlager. Die von lokalen Interessengegensätzen unabhängige EU-Gendarmerie (die sich in diesem Fall aus ehemaligen syrischen Flüchtlingen wie auch aus irakischen IDP zusammensetzen könnte) sichert diese Gebiete wie auch die Infrastruktur gleichermaßen gegen sunnitische Islamisten und schiitische Milizen. Das Korps sorgt für einen unparteiischen Interessenausgleich. Diese Gebiete würden zum Kern für den Wiederaufbau der kriegszerstörten Regionen.

Das EU-Korps kann sich bzgl. Umfang, Führung, Zusammensetzung, Rekrutierung an der franz. Fremdenlegion (rd. 7.000 Mann stark) orientieren. Stabsoffiziere, Offiziere und Feldjäger (zur Wahrung der Disziplin) würden von EU-Staaten gestellt. Welche Aufträge das Korps wie umsetzt, bliebe somit im Verantwortungsbereich eines noch zu schaffenden EU-Gremiums (evtl. angegliedert an den Auswärtigen Dienst der EU oder den EU Military Staff als Keimzelle nutzen). Mannschaften (die sich zu Unteroffizieren hocharbeiten können) werden auf freiwilliger Basis aus Jugendlichen im wehrfähigen Alter in den Flüchtlingslagern der Brennpunktregionen rekrutiert. Neben Uniform, Sold, Verpflegung, Basiskenntnissen in Pionier- bzw. THW-Fähigkeiten und einer Infanterieausbildung mit Waffen erhalten diese Menschen eine schulische Grundbildung. Neben der Vermittlung o.g. Kenntnisse und dem Dienst an der Waffe steht die Vermittlung rechtstaatlicher Grundsätze und Menschenrechte im Fokus. Die jungen Menschen sollen Grundsätze der Polizeiarbeit und die Werte von guter Regierungsführung und religiöser Toleranz vermittelt bekommen. Sie sollen in die Lage versetzt werden, unter Anleitung in ihrem Einsatzgebiet für Recht und Sicherheit zu sorgen. Denkbar ist auch – nicht militärische – Wissensvermittlung für Teenager unter 18 Jahren. Also auch für Menschen, die in den Konflikten Subsahara-Afrikas als Kindersoldaten gezielt rekrutiert und traumatisiert werden.

Welche Vorteile hätte der Aufbau und Einsatz eines solchen Korps? Tausende Heranwachsende, die bislang perspektivlos in den UN-Flüchtlingscamps Jahr für Jahr alimentiert werden, erhielten die Chance für eine berufliche und persönliche Entwicklung. Als Rekruten des EU-Hilfskorps würden sie so breit ausgebildet, dass die Basis für den späteren Umstieg in andere Berufe und damit die Grundlage für eine zivile Existenz und eine Familiengründung gelegt ist. Den jungen Menschen würde ein Gegenmodell zur Verheißung des Dschihad oder den Lehren von Extremisten geboten. Das Angebot der EU würde lauten: „Riskiere dein Leben für die Gründung einer zivilen Existenz in der Heimat deiner Eltern. Hole dir deine Zukunftsperspektiven selbst zurück im Kampf gegen jene, welche dir Eltern /Verwandte /Freunde genommen haben“.

Zu diskutieren sind auch potentielle Nachteile / negative Wirkungen der vorgeschlagenen Einheit. Absehbar ist der Vorwurf, die EU wolle das Töten und Sterben an eine Fremdenlegion delegieren, um das Leben von Europäern zu schonen. Begegnen ließe sich das mit dem Hinweis, dass eine solche Truppe nicht in Kampfhandlungen eingesetzt werden soll. Vielmehr soll sie im Anschluss daran bei der Stabilisierung von Regionen helfen. Auch der zu erwartende Neoimperialismus-Vorwurf geht ins Leere. Bürgern eines fragilen Staates – selbst wenn sie in der Uniform eines EU-Korps auftreten – kann man schwerlich vorwerfen, ihr eige-

nes Land zu besetzen. Einem Staatenbund wie der EU wird man – anders als einem einzelnen Staat – nicht ernsthaft neokoloniales Verhalten vorhalten.

Leider lassen sich weder Menschenrechtsverletzungen durch Korpsangehörige gegenüber Zivilisten noch ethnisch oder religiös bedingte Auseinandersetzungen innerhalb einer solchen Truppe ausschließen. Daher wäre es wichtig, dass die Führung der Truppe in der Verantwortung europäischer Offiziere bleibt, die eingreifen können. Natürlich wäre solch ein Hilfskorps in Brigadegröße kein Schlüssel zur schnellen Lösung aller Konflikte in der MENA-Region und in Subsahara-Afrika. Der Aufbau und die Ausbildung einer solchen Einheit würde Zeit brauchen. Völkerrechtliche Fragen wären zu prüfen und zu beachten. Ohne die Anforderung der Truppe durch zumindest eine der Konfliktparteien verböte sich ein Einsatz. Zudem ist Erwartungsmanagement angezeigt: Die unterschiedlich gelagerten Probleme der o.g. Konfliktregionen sind von 5.000 bis 7.000 jungen Menschen, selbst wenn sie professionell geführt werden, sicherlich nicht im Alleingang zu lösen, sondern nur im Verbund mit anderen Maßnahmen.

Nach Abwägung der Vor- und Nachteile der Einsatzmöglichkeiten spricht nach Ansicht des Autors vieles dafür, den Aufbau der vorgeschlagenen Einheit als „Werkzeug im Instrumentenkasten der Europäischen Union“ zu prüfen. Ganz im Sinne des Gedankens der vernetzten Sicherheit könnte eine solche Einheit eine Brücke darstellen zwischen militärischen Einsätzen und (rein zivilen) humanitären / entwicklungsorientierten Maßnahmen. Der eigentliche Mehrwert bestünde jedoch darin, das in Flüchtlingslagern ungenutzte Leistungspotential von jungen Menschen „anzuzapfen“ und in einem positiven Sinne einzusetzen.